

BastA!

Basels starke Alternative

STADTENTWICKLUNG

KLYBECK: PLANEN FÜR MENSCHEN ODER PROFIT?



Legende: Vor gut hundert Jahren wurden Kleinhüningen und das Klybeck für den Hafenbau umgekrempelt. Nun ist wieder ein vergleichbar grundlegender und massiver Umbau geplant.

Foto: <http://doi.org/10.3932/ethz-a-000296904>

Die Planung für die Bebauung von Klybeck und Westquai geht langsam in die richtige Richtung. Aber es gibt noch sehr viel zu tun.

Seit vor 15 Jahren Rheinhatten mit seinen überdimensionierten Wolkenkratzern öffentlich wurde, ist der Widerstand gross. An den Plänen wurde seither immer wieder rumgeschraubt und die Hochhäuser etwas kleiner. An der grundlegenden Ausrichtung auf ein maximal verdichtetes, renditeoptimiertes Bauprojekt hat sich jedoch lange nichts geändert.

«HAFEN FÜR ALLE» UND GEGENVORSCHLAG

Dann reichte die Juso 2021 die Initia-

tive «Hafen für alle – Freiräume statt Luxusprojekte!» ein. Ziel war, das Entwicklungsgebiet Klybeck und Westquai gemeinnützig und mit viel Grün und unkommerziellem Freiraum zu entwickeln und Platz für die Zwischennutzungen und den Wagenplatz zu erhalten.

Der Grosse Rat beschloss daraufhin als Gegenvorschlag, dass die zukünftigen Wohnungen auf dem Klybeckquai in Kostenmiete vermietet werden müssen, was heisst, dass die Mieten nicht höher sein dürfen, als nötig ist, um den Bau und Unterhalt zu finanzieren. Mindestens die Hälfte der Arealfläche muss öffentlicher Grün- und Freiraum sein. Teil davon soll ein Park entlang des Rheinuferes sein. Beschlossen wurde auch

Fortsetzung S. 3

AZB
CH-4005 Basel
P.P. / Journal
POST CH AG
Mutationen an:
Postfach 225
4005 Basel



SEITE 4

BESUCH IM BÄSSLERGUT



SEITE 7

AM STAMMTISCH FIT FÜR UMVERTEILUNG: DIE ZUKUNFTSINITIATIVE DER JUSO



SEITE 8

DER REICHTUM DER SCHWEIZ UND DER SCHWEISS DER MIGRANT:INNEN

8. November, 13.30 Uhr
**Tagung: Was kann die Initiative
 Pharma für alle bewirken**
 Im Stellwerk, Bahnhof St. Johann,
 4056 Basel (S. 6)

15. November, ab 13.00 Uhr
**Haus der Politik:
 Faschismus verstehen und
 Gegenmacht aufbauen**
 13.00 Uhr bis 19.00 Uhr
DEM-Kurd, Kultur- und Gewerbehaus
ELYS, Elsässerstrasse 215,
 4056 Basel (S. 9)

22. November
Super-Sammel-Samstag
Pharma für alle

3. Dezember
Mitgliederversammlung

Die Solarinitiative und unsere Initiative Pharma für alle brauchen dringend noch fleissige Sammler*innen, damit wir sie erfolgreich einreichen können. Mit diesem QR-Code kannst du dich in Schichten eintragen.



MITGLIED WERDEN

Als Mitglied erhältst du unseren Newsletter und 4 Mal im Jahr das BastA!-Bulletin gratis nach Hause geschickt. Zudem hast du das Recht, an den Mitgliederversammlungen teilzunehmen, deine Meinung einzubringen und mitzubestimmen. Du erhältst auch jeweils eine Einladung zu den Koordinationssitzungen, die bei BastA! grundsätzlich für alle Mitglieder offen sind.

Deinen Mitgliederbeitrag legst du selber fest, Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag beträgt Fr. 10.– pro Monat respektive Fr. 120.– pro Jahr.

<http://basta-bs.ch/mitglied-werden>

IMPRESSUM

Nr. 05/2025

Redaktion: Franziska Stier, Martin
 Flückiger, Andreas Suter, Lukas Romer
 Layout und Bildredaktion:

Franziska Stier

Auflage: 1200

Druck: Rumzeis Basel

Herausgeber: Förderverein BastA!,
 Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel

E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch

Telefon: 061 691 16 31

Konto: IBAN CH22 0900 0000 4003 1244 5

SITZGEWINN IN RIEHEN



Wahlfest Liste 8 Bündnis Grüne BastA! in Riehen.
 Foto: Franziska Stier

Am 19. Oktober fanden Gesamterneuerungswahlen in Riehen statt. Das Erfreulichste: Nach 12 Jahren erreicht das Bündnis GRÜNE BastA! wieder Fraktionsstärke im Einwohnerrat Riehen. Dabei konnten die Riehener*innen erfolgreich den Einwohnerratsitz von Mike Gosteli verteidigen.

Auch wenn Grüne und BastA! gewonnen haben, bleibt der Wermutstropfen, dass die Linke insgesamt an Stärke eingebüsst hat: Die SP verlor zwei Sitze und die bürgerliche Mehrheit in Regierung und Parlament bleibt zementiert. Neu in den Einwohnerrat gewählt wurde der GRÜNE Noah Weber. Auf den beiden ersten nachrückenden Plätzen befinden sich die beiden Grünen Béla Bartha und Julia Klemm.

NIEDRIGE WAHLBETEILIGUNG

Die Wahlbeteiligung sank von (2022) 47,27% auf 41,7% (2025). Auch wir verloren damit rund 1000 Stimmen, konnten jedoch prozentual um 0,2% zulegen auf effektiv 6,53%. Nachdem uns bei den letzten Wahlen rund ein Dutzend Listenstimmen für einen dritten Sitz gefehlt haben, entschieden jetzt rund 15 Listenstimmen für uns.

BastA! hat in Riehen kein leichtes Spiel. Die Basler Gemeinde der alten Millionär*innen, wählt ungern rot. Gleichzeitig haben die Kurzsichtigkeit und die Steuersenkungen der Bürgerlichen zu massiven roten Gemeindefinanzen geführt. Ihr eindimensionales, simples Rezept dagegen: Sparen, Streichen, Kürzen. Eigentlich wissen alle: Um einen Kahlschlag zu verhindern, wird die Gemeinde um Gebührenerhöhungen (z.B. in der Parkraumbewirtschaftung) oder gar Steuererhöhungen (dafür gilt in Riehen fast ein Denkverbot) nicht herumkommen. In der nächsten Legislatur werden wir uns deshalb für gesunde Gemeindefinanzen einsetzen, um eine sozialverträgliche, ambitionierte Klimapolitik und einen emissionsarmen Verkehr finanzieren zu können.



Mike Gosteli, Einwohnerrat Riehen

schwammig, dass eine «ausreichende bauliche Dichte anzustreben» sei. Darüber, was «ausreichend» sein wird, wird in Zukunft wohl noch intensiv gestritten werden. Deshalb ist es wichtig, dass der Einbezug der Bevölkerung der angrenzenden Quartiere Klybeck und Kleinhüningen nicht nur pro forma durchgeführt, sondern ernst genommen wird.

NEU, ALLES GANZ ANDERS?

Im letzten September hat die Regierung die überarbeitete Planung präsentiert. Insgesamt geht es endlich in die richtige Richtung. Die Grünflächen wurden im Vergleich zu den früheren, sehr beton- und teerlastigen Ideen deutlich vergrössert. Das Ackermätteli soll zu einem kleinen Park vergrössert und bis zum Rheinufer erweitert werden. Die Wohnhäuser sollen in einer Art Blockrand gebaut werden, ähnlich wie im bestehenden Klybeck. Die Wolkenkratzer von Rheinhatten sind definitiv verworfen. Wie hoch die Gebäude werden, ist noch offen. Ein grosser Kritikpunkt ist, dass das Rheinufer nach dem Willen der Regierung nicht zu einem Park werden soll, wie vom Grossen Rat beschlossen, sondern lediglich zu einer Promenade wie im Rest des Kleinbasels. Auch die

Zukunft des Wagenplatzes und anderer unkommerzieller Projekte bleibt unbeantwortet. Und dann gibt es noch die Initiative, die das ganze Gebiet durch Grabung eines Kanals entlang des ehemaligen Altrheinarms (heute Altrheinweg) als Insel wiederherstellen und zum Wald aufforsten will. Die Initiative kommt bald in den Grossen Rat – eine gute Chance, um doch noch einen grossen Park zu verwirklichen.

GENTRIFIZIERUNG

Weiter gegangen ist seit 2010 nicht nur die Planung in den Amtsstuben, sondern auch die Gentrifizierung. Dabei war es von Anfang an eine zentrale Forderung aus dem Quartier, dass der Kanton aktiv dagegen vorgehen soll. Es war bereits damals spürbar, dass Spekulant*innen Häuser im Quartier aufgekauft haben und nur darauf warten, mit der geplanten «Aufwertung» richtig abkassieren zu können. Gebremst hat diese Entwicklung einzig das Wohnschutzgesetz, das mittels Initiative gewonnen wurde und seitdem von Baulobby, Regierung und bürgerlich rechten Parteien verbissen bekämpft wird.

Die neuen Pläne der Regierung fürs

Klybeck sind zwar inzwischen weniger extrem auf Luxus Chic ausgerichtet als früher, aber trotzdem bleibt der Druck auf das bestehende Quartier gross. Dass Regierungsrätin Tanja Soland entgegen dem klaren Grossratsbeschluss zu 100% Kostenmiete auf dem Klybeckquai davon redet, dass Liegenschaften des Kantons eine Rendite erzielen müssten, deutet ebenfalls nicht darauf hin, dass die Regierung nun etwas gegen die steigenden Mietpreise im Klybeck machen will.

Wir werden uns also weiter intensiv mit der Entwicklung auf dem Klybeck und am Westquai beschäftigen müssen. Und dann gibt es ja auch noch Klybeck plus und den Chemiemüll ...



Tanja Zürcher,
Vizepräsidentin BastA!

ABSTIMMUNGEN

SERVICE CITOYEN: MILITARISIERUNG UND ALLGEMEINE DIENSTPFLICHT DURCH DIE HINTERTÜR

Die Initiative verspricht Gleichstellung und Engagement – führt stattdessen zu Zwangsarbeit, einer Schwächung der Gleichstellung und Militarisierung. Nach einer intensiven Diskussion beschliesst die Mitgliederversammlung die Nein-Parole zur Service-Citoyen-Initiative.

Engagement für die Gesellschaft ist wertvoll und unverzichtbar. Eine solidarische Gemeinschaft lebt davon, dass Menschen Verantwortung übernehmen – Zu Hause, in der Nachbarschaft, in Vereinen, in Pflegeberufen oder im Umweltschutz. Doch die sogenannte Service-Citoyen-Initiative verfehlt dieses Ziel grundlegend. Die BastA-Mitgliederversammlung hat deshalb entschieden, die Initiative abzulehnen. Die Initiative will in der Bundesverfas-

sung festschreiben, dass jede Person mit Schweizer Bürgerrecht einen «Dienst zugunsten der Allgemeinheit und der Umwelt» leisten muss. Dieser Dienst soll entweder als Militärdienst oder in einem «gleichwertigen, gesetzlich anerkannten Milizdienst» erfolgen. Damit würde aus der heutigen Wehrpflicht für Männer eine allgemeine Dienstpflicht für alle.

DAS HEUTIGE SYSTEM

Heute besteht in der Schweiz eine Wehrpflicht für Männer, während Frauen den Militärdienst freiwillig leisten können. Wer den Dienst an der Waffe verweigert, hat die Möglichkeit, einen zivilen Ersatzdienst zu leisten – meist in sozialen oder ökologischen Institutionen. Der Zivildienst wurde erst 1996 eingeführt – nach langen poli-

tischen Kämpfen um das Recht auf Gewissensfreiheit. Zuvor landeten Männer, die den Militärdienst verweigerten, im Gefängnis.

Einen zivilen Ersatzdienst, wie wir ihn heute kennen, sieht die Initiative nicht mehr vor. Der Zivildienst würde faktisch abgeschafft. Die Initiative garantiert den Bestand der Armee ausdrücklich. Damit würde der Staat verpflichtet, genügend Menschen für den Militärdienst sicherzustellen – notfalls auch gegen ihren Willen. Wenn der heutige Zivildienst wegfällt, gäbe es für Personen mit Gewissenskonflikten keinen durch die Verfassung geschützten Ausweg mehr. Sie könnten wieder gezwungen werden, in der Armee zu dienen.

Stattdessen entstünde ein System, in dem alle – unabhängig von Überzeugung oder Eignung – einen staatlich bestimmten Dienst zu leisten hätten. Wie lange dieser dauern soll, ist unklar. Damit würde der Staat weitreichende Kontrolle über Arbeitskraft und Lebenszeit seiner Bürger:innen erhalten.

MILITARISIERUNG STATT ENGAGEMENT

Die Initiative wird zu einem Zeitpunkt diskutiert, an dem die Bundesversammlung eine Vorlage berätet, die den heutigen Maximalbestand der Armee in einen Mindestbestand umwandeln will. Damit wäre der Weg frei für eine Vergrösserung der Armee – und das bei gleichzeitiger Abschaffung des Zivildienstes als zivilen Ersatzdienstes. Ein «Service Citoyen» in dieser Form würde also nicht zu mehr gesellschaftlichem Engagement führen, sondern den Einfluss des Militärs in der Gesellschaft weiter ausbauen.

ZWANGSARBEIT IM NAMEN DES GEMEINWOHLS

Was auf den ersten Blick wie eine Stärkung des Gemeinwohls klingt, bedeutet in der Praxis Zwangsarbeit im Dienst des Staates. Nach Völkerrecht sind nur Militärdienst, Zivildienst (als Ersatzdienst zum Militärdienst) und Nothilfedienste ausdrücklich von der Definition der Zwangsarbeit ausgenommen. Die Initiative sieht aber vor, dass ein grosser Teil der Dienstleistenden ausserhalb dieser Bereiche eingesetzt werden kann – etwa in Pflege, Bildung oder Umweltprojekten. Ein solcher Zwangsdienst öffnet Tür und Tor für Missbrauch. Welche Tätigkeiten als «dienstwürdig» gelten, würde der Staat festlegen.

KEINE GLEICHSTELLUNG DURCH ZWANG

Die Initiant:innen argumentieren, dass eine Dienstpflicht für Frauen ein Schritt zur Gleichstellung sei. Doch das Gegenteil ist der Fall. Frauen leisten heute noch immer den überwiegenden Teil der unbezahlten Care-Arbeit – sie pflegen Angehörige, erziehen Kinder (und gebären sie). Eine Ausweitung der Pflicht auf Frauen würde ihre Mehrfachbelastung verschärfen. Gleichstellung erreicht man nicht durch zusätzliche Pflichten, sondern durch gerechte Verteilung von Arbeit und Zeit.

Deshalb fordern wir von BastA! eine radikale Arbeitszeitverkürzung, die Men-

NEIN ZUM ZWANGSDIENST!

Kampagnensujet der GsoA.

schen mehr Raum für gesellschaftliches Engagement, Familie und politische Teilhabe schafft. Und keine staatliche Verpflichtung zu einer Schein-Gleichstellung.

UNKLARE FOLGEN FÜR MENSCHEN OHNE SCHWEIZER PASS

Besonders heikel ist Absatz 5 der Initiative: Er erlaubt es dem Gesetzgeber, festzulegen, ob und in welchem Umfang Personen ohne Schweizer Bürgerrecht ebenfalls dienstpflichtig werden können. Damit wird eine Tür geöffnet für eine Pflicht, die Menschen treffen könnte, die in der Schweiz leben, arbeiten, Steuern zahlen – aber kein Stimm- und Wahlrecht haben. Eine solche Regelung wäre demokratisch höchst problematisch. Statt Integration zu fördern, würde die Initiative neue Formen von staatlicher Ungleichbehandlung schaffen.

NEIN ZUM SERVICE CITOYEN

Wir teilen das Anliegen, dass sich alle für das Gemeinwohl einsetzen sollen – aber freiwillig, selbstbestimmt und solidarisch, nicht auf staatlichen Befehl hin. Eine solidarische Gesellschaft entsteht nicht durch verordnete Dienste, sondern durch soziale Sicherheit und Zeit für Sorge und Gemeinschaft. Deshalb sagt BastA! Nein zur Service-Citoyen-Initiative am 30. November 2025.

UND NEIN ZU VERSCHÄRFUNGEN BEIM ZIVILDIENT

PS: Der Zivildienst soll geschwächt und der Zugang massiv erschwert werden. Dagegen läuft aktuell ein Referendum. Hier findest du alle Infos und den Unterschriftenbogen:
jungegruene.ch/zivildienst



Nicola Goepfert,
Vizepräsident BastA!

PAROLEN IN KÜRZE

30. November 2025

Eidgenössische Vorlagen

Nein zur Volksinitiative «Für eine engagierte Schweiz (Service-citoyen-Initiative)»

Ja zur Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)»

Kantonale Vorlage

keine Abstimmungen

BESUCH IM BÄSSLERGUT: ALLES HAT SEINE ORDNUNG NUR EBEN DIE FALSCHEN ...

Am 6. Oktober besuchte eine Gruppe rund um die Schweizerische Beobachtungsstelle Asyl- und Ausländerrecht das Gefängnis Bässlergut. Die Führung wurde von der Gefängnisleitung bzw. dem Leiter der Administrativhaft durchgeführt.

Das Gefängnis befindet sich direkt an der Grenze zu Deutschland, weit weg vom Leben der Stadt und direkt neben dem Bundesasylzentrum. In diesem Jahr fanden dort rund 25 Hungerstreiks statt. Sie sind oft der einzige Weg für Inhaftierte, auf Missstände aufmerksam zu machen. Probleme im Bässlergut sind nicht neu. Proteste, Berichte und parlamentarische Hartnäckigkeit führten dazu, dass per 1. Januar 2026 keine privaten Sicherheitsfirmen mehr im Gefängnis eingesetzt werden. Dieser wichtige Schritt löst aber nur einen Teil der Probleme.

Im Rahmen der Führung erfuhren wir einiges darüber, was es heisst ein Gefängnis zu leiten und vor welchen Herausforderungen das Personal im Alltag steht, jedoch nichts über die Schicksale der Menschen, die hier sind.

Im Bässlergut gibt es zwei Gebäudekomplexe. Ein Bereich ist für Strafgefangene reserviert. Der andere Bereich ist für Menschen in Administrativhaft. Schweizweit wird jedes Jahr in rund 3000 Fällen administrativer Freiheitsentzug angeordnet, um sicherzustellen, dass Betroffene das Land verlassen. Dabei wird diese Form der Haft nicht von Strafgerichten, sondern von Migrationsbehörden ausgesprochen. Das einzige «Verbrechen», das die Menschen begangen haben, ist einen Asylantrag gestellt zu haben und nicht ins Herkunftsland zurückkehren zu «wollen». Diese Form der Haft ist also eine «administrative Massnahme» und keine Strafe.

Der Entzug der persönlichen Freiheit ist einer der schwersten Eingriffe in die Grundrechte eines Menschen. Er muss daher durch ein wichtiges öffentliches Interesse begründet sein. Gleichzeitig hat sich das ausserordentliche Mittel der Administrativhaft, in den letzten Jahrzehnten normalisiert und fundamentale Ver-



Stacheldraht am Bässlergut, Foto: Franziska Stier

fahrensvorgaben werden regelmässig nicht beachtet, hält der Bericht der Beobachtungsstelle Asyl- und Ausländerrecht fest. Es stellt sich die Frage, ob rechtsstaatliche Garantien für Menschen, welche sich ohne Bewilligung in der Schweiz aufhalten, weniger Geltung haben. Administrativhaft wird in der Schweiz mehrheitlich in Gefängnissen vollzogen und ist dadurch stark von den Praktiken und Symbolen des Strafsystems geprägt. Diese Kriminalisierung steht im Gegensatz zu ihrer eigentlichen Zielsetzung und Begründung.

Ordnung als im Gefängnis...» Es herrscht *Ordnung*: die Hausordnung zum Beispiel. Keine Mobiltelefone, fixe Essens-, Hofgangs- und Besuchszeiten, 200 Minuten Internet pro Woche, ein Computer für Videotelefonie. Zellenaufschluss 07.15 Uhr, Zelleneinschluss 19.30 Uhr. Dazwischen: Tischfussball, vielleicht Basketball im Hof, Besuch oder Arbeit – freiwillig für die Administrativhaft, verpflichtend für Strafgefangene. Mit CHF 3.75 pro Stunde kann man sich auch eine Tafel Schokolade im Kiosk kaufen. Es hat alles seine *Ordnung*. Im Oberge-

FLÜCHTLINGSGESPRÄCHE

«Die Ordnung ist in solchen Zeiten absolut notwendig. Nehmen wir an, Sie und ich liefen herum ohne Bescheinigung, wer wir sind, so dass man uns nicht finden kann, wenn wir abgeschoben werden sollen, das wäre keine Ordnung.» Bertolt Brecht

DIE HAFT IM BÄSSLERGUT

Beim Eintritt in das Gefängnis befinden sich die Menschen in Handschellen. In einem beengten Raum werden Fotos gemacht, der nackte Körper auf Gegenstände untersucht. Wenn möglich, passiert das freiwillig. Wenn nicht, droht Zwang. Anschliessend werden sie einem Stockwerk mit Einzel- und Doppelzellen zugewiesen.

Alles wirkt sehr ordentlich und strukturiert, unaufgeregt werden wir durch das Gebäude geschleust und die Abläufe geschildert. Es drängt sich Bert Brecht in den Kopf: «Nirgends sieht man mehr auf

schoß sitzen das Migrationsamt und das Appellationsgericht. Auch die Architektur hat seine *Ordnung*. Ganz unten befindet sich neben der Erstaufnahmezelle auch die Disziplinarzelle für Ungehorsam, Respektlosigkeit und Gewalt. Bis zu 10 Tage verbringen Menschen hier, die sich aufsässig verhalten – allein. Isoliert. Hier, im Erdgeschoss gibt es wenig Tageslicht.

Im Freizeitraum gibt es Tischfussball, einen Computer und eine karge, *ordentliche* Küche – vielleicht bald mit der Möglichkeit zu kochen. Wir treffen hier auf eine Gruppe junger Männer. Sehr höflich bittet einer von ihnen, das Wort zu ergrei-

fen. Er weiss nicht, wer wir sind und was wir hier tun. Aber er sucht Kontakt und erklärt, dass er keine Informationen zum Stand seines Verfahrens habe und bittet um Auskunft. Ihm wird mitgeteilt, dass man sich kümmere und in mir kommt Scham auf. Scham, weil wir als Fremde in ihrer Privatsphäre sind, weil niemand ihm sagt, was wir hier tun und weil niemand von uns wirklich reagiert. Schweigend verlassen wir den Raum. Es geht weiter in einen Arbeitsraum, den Gerichtssaal, das Migrationsamt und schliesslich zum «Draussen-Ort» mit Fussballtor und Basketballkorb. Der Ort wirkt leblos, aber *ordentlich*. Umgeben von Beton und Mauern. Selbst der Himmel ist vergittert.

Der Besuchsraum hingegen ist bunt bemalt mit Heissluftballons. In der Ecke eine Kinder-Kochnische und Tische. Dort findet unsere Abschlussdiskussion mit der Gefängnisleitung statt. Die Führung hinterlässt nicht den Eindruck eines Willkürregimes. Schliesslich hat alles seine *Ordnung* und doch fühlt sich alles daran falsch an. Was wäre, wenn die *Ordnung* die falsche ist?

Franziska Stier,
Parteisekretärin

MEHR INFORMATIONEN DAZU

Instagram Kanal, der Informationen rund um die Ausschaffungshaft im Gefängnis Bässlergut liefert:

www.instagram.com/Freemerou

Fachbericht Administrativhaft der Schweizerischen Beobachtungsstelle Asyl- und Ausländerrecht:

<https://beobachtungsstelle.ch/news/weggesperrt-die-auslaenderrechtliche-haft-in-der-schweiz/>

TAGUNG WAS KANN DIE INITIATIVE «PHARMA FÜR ALLE» BEWIRKEN?

Gemeinnützige Krebsforschung und Chronic Fatigue Syndrome (Long Covid)

Samstag, 8. November 2025

13.30 bis 17.00 Uhr

Stellwerk - Bahnhof St. Johann
Vogesenplatz 1, Basel

Eintritt frei

Mit

Melanie Eberhard und Oliver Bolliger, Pharma für Alle
NN, Schweizer Krebsforschung (angefragt)

Jonas Sagelsdorff, Geschäftsleiter der Gesellschaft für Myalgische Enzephalomyelitis und Chronic Fatigue Syndrome (oft ausgelöst durch virale Erkrankungen wie Covid)

Dieses Jahr reichen wir die Volksinitiative «Pharma für Alle» ein. Sie verlangt, dass der Kanton Basel-Stadt einen Pharmafonds einrichtet, aus dem gemeinnützige Pharmaprojekte unterstützt werden. Ziel ist, die Arzneimittelversorgung der Bevölkerungen im In- und Ausland zu verbessern. Dafür sollen jährlich 2,5% der Basler Steuereinnahmen (rund 70 Mio. CHF) aufgewendet werden.

Mit diesem Geld lässt sich viel bewegen, beispielsweise bei der Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen oder bei der Verbesserung der Versorgung mit Standardmedikamenten, die oft von Engpässen betroffen sind.

An der Tagung wenden wir uns zwei weiteren Bereichen zu. Erstens der gemeinnützigen Krebsforschung, wie sie in der Schweiz z.B. durch das Swiss Cancer Institute gefördert und koordiniert wird. Dazu ein Beispiel: Etliche Krebsarten können durch die neue, bahnbrechende Immunzelltherapie erfolgreich behandelt werden. Die grossen Spitäler sind am besten geeignet, diese Therapie anzubieten. Dafür fehlen ihnen aber genügend gut ausgebauten gemeinsamen Labors. Könnte unsere Initiative hier den Durchbruch bringen?

Zweitens der Erforschung und Behandlung des heimtückischen Chronic Fatigue Syndrome, das etwa durch Covid ausgelöst werden kann. Heute stehen nur sehr wenige Mittel zur Verfügung, obwohl allein in der Schweiz Tausende davon betroffen sind. Was könnte eine Unterstützung durch den Basler Pharmafonds hier bewirken?

Unsere Tagung richtet sich an alle am Thema Interessierten. Vorkenntnisse sind keine erforderlich. Die Themen werden in einer für alle verständlichen Sprache erläutert.



GEGENSTEUER – FÜR EINE ZUKUNFT

BastA! unterstützt die Juso-Initiative für eine Zukunft. Damit du für das nächste Pausenraumgespräch oder Familienfest gerüstet bist, haben wir hier eine kleine Argumentationshilfe für dich – direkt aus der Feder der Juso Basel-Stadt und mit den zentralen Argumenten für die Zukunftsinitiative.

«DIE SUPERREICHEN ZIEHEN ALLE INS AUSLAND, UNTER DEM STRICH VERLIEREN WIR STEUEREINNAHMEN.»

Das ist eine falsche Annahme, denn sowohl nationale als auch internationale Beispiele haben gezeigt, dass höhere Steuern zu höheren Steuereinnahmen führen. Zudem bleibt die Schweiz auch mit einer Erbschaftssteuer hochattraktiv. Entscheidend sind die Lebensqualität, Stabilität und Infrastruktur, nicht der letzte Prozentpunkt. Die Initiative fordert zudem Massnahmen gegen Steuervermeidung. Superreiche drohen bei jeder Abstimmung, bei der sie endlich einen gerechten Beitrag leisten sollen, mit dem Wegzug. Das ist keine Politik, sondern eine demokratische Erpressung. In einer Demokratie geht es darum, Verantwortung zu übernehmen.

«WIR VERLIEREN STEUEREINNAHMEN UND ARBEITSPLÄTZE – AM SCHLUSS BEZAHLT DER MITTELSTAND.»

Unsere Initiative betrifft nur das reichste 0,05 Prozent – alle anderen zahlen keinen Rappen mehr als vorher. Und das, was reinkommt, sind rund 6 Milliarden Franken jährlich, die wir in sozial gerechten Klimaschutz investieren. Das entlastet uns alle und schützt unsere Zukunft. Denn jetzt bezahlt der Mittelstand seit Jahrzehnten mit höheren Abgaben, tieferen Löhnen und steigenden Kosten die Folgen der Klimakrise. Währenddessen weigern sich die Reichsten, für die selbst verursachten Folgen der Klimakrise Verantwortung zu übernehmen. Wenn wir die Superreichen nicht besteuern, weil sie sonst drohen, alles mitzunehmen, dann regiert nicht die Bevölkerung, sondern das Kapital.



Hier ist wohl etwas ideologischer Angstschweiss auf Zeitungspapier getropft. Zeitungen der Handelskammer und des Gewerbeverbands Basel im Oktober 2025.
Foto: Franziska Stier

«DER BUND MACHT SCHON GENUG FÜR DEN KLIMASCHUTZ»

Die bürgerliche Klimapolitik hat versagt. Seit Jahrzehnten blockieren sie echten Klimaschutz, appellieren an die Eigenverantwortung und nehmen die Superreichen aus ihrer Pflicht. Diese führt dazu, dass der Bund allein, um die ungenügenden Klimaziele für 2050 einzuhalten, jährlich statt 12 Milliarden Franken nur 2 Milliarden investiert. Mit dem Sparplan will der Bundesrat zusätzlich mehrere hundert Millionen davon streichen. Die Schweiz macht zu wenig im Kampf gegen die Klimakrise – darüber sind sich alle Klimawissenschaftler*innen und Expert*innen einig.

«DIE INITIATIVE IST ZU RADIKAL.»

Das reichste Prozent der Bevölkerung besitzt mittlerweile 45% des Vermögens.

Während sie in Superyachten durch die Meere cruisen, verlieren andere wegen der Klimakrise ihre Lebensgrundlage. Für diese Ungerechtigkeit braucht es radikale Lösungen. Unsere Initiative steht für Gerechtigkeit und Demokratie. Sie greift die Machtkonzentration an, die sowohl das Klima als auch die Demokratie gefährdet.



Leon Bürgin,
Vorstand JUSO Basel-Stadt

WAS FORDERT DIE ZUKUNFTSINITIATIVE DER JUSO?

Die Initiative für eine Zukunft der Juso fordert eine Erbschaftssteuer in der Höhe von 50 Prozent ab einem Freibetrag von 50 Millionen. Dadurch werden jährlich ca. 6 Milliarden Franken eingenommen, die in die sozial gerechte Bekämpfung der Klimakrise fliessen sollen. Zudem sollen griffige Massnahmen die Steuervermeidung durch den Wegzug verhindern.

DER REICHTUM DER SCHWEIZ UND DER SCHWEISS DER MIGRANT*INNEN

Die Schweiz zählt mit einem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von rund 96'000 CHF im Jahr 2023 zu den wohlhabendsten Ländern der Welt ^[1]. Dieser Wohlstand basiert jedoch in erheblichem Masse auf einer Realität, die im öffentlichen Diskurs oftmals unsichtbar bleibt: auf der Arbeit von Migrant*innen.

Von den rund 9 Millionen Einwohner*innen besitzen etwa 2,3 Millionen keinen Schweizer Pass. ^[2] Sie stellen mehr als ein Drittel der gesamten Erwerbsbevölkerung dar. Besonders arbeitsintensive Branchen – Bau, Hotellerie und Gastronomie, Reinigung, Landwirtschaft sowie Pflege – hängen in grossem Masse von migrantischen Arbeitskräften ab.

Zwischen dem gesellschaftlichen Wert dieser Arbeit und ihrer Sichtbarkeit besteht jedoch ein eklatanter Widerspruch. Migrantische Beschäftigte sind überproportional häufig mit niedrigen Löhnen, prekären Arbeitsbedingungen, Rassismus und Diskriminierung konfrontiert. Die gewerkschaftliche Organisationsrate liegt bei ihnen deutlich unter dem Schweizer Durchschnitt: 2022 waren 14% aller Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert, bei Migrant*innen hingegen nur 9%. ^[3] Besonders migrantische Frauen sind in den Bereichen Hausarbeit, Pflege und Reinigung überrepräsentiert, also in Sektoren, in denen Schwarzarbeit und informelle Beschäftigung weit verbreitet sind.

MIGRATION ALS STRUKTURELLE ZWANGSLAGE

Migration ist in den meisten Fällen keine «freie Entscheidung», sondern eine Reaktion auf strukturelle Zwänge. Kriege, Armut, ökologische Krisen, patriarchal erzeugte Ungleichheiten sowie gesellschaftliche Polarisierungen und Repressionen zwingen Millionen Menschen zur Migration. Die Rolle imperialistischer Staaten bei der Produktion dieser Migrationsursachen ist zentral.

Kriege im Nahen Osten und in Afrika, durch neoliberale Politik verschärfte Armut sowie die Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen durch Energie- und



Symbolbild. Quelle: Rawpixel.com

Bergbauprojekte gehören zu den wichtigsten Faktoren. ^{[4][5]}

Kapitalistische Zentren – auch die Schweiz – tragen einerseits zur Entstehung dieser Krisen bei, während sie andererseits restriktive Migrationspolitiken umsetzen. Gleichzeitig wird migrantische Arbeit als billige Arbeitskraft genutzt, wodurch Lohndumping entsteht, das auch die Arbeits- und Lebensbedingungen einheimischer Beschäftigter unter Druck setzt. In der Folge nehmen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und rechte Bewegungen zu.

MIGRANTISCHE ARBEIT IN DER SCHWEIZ: ZENTRALE TENDENZEN

Rund 35% aller Beschäftigten in der Schweiz sind ausländischer Herkunft. ^[4] Besonders auffällig ist ihre Konzentration in bestimmten Branchen:

- Baugewerbe: 47% Migrant*innen ^[5]
- Gastgewerbe und Verpflegungsdienste: 50% Migrant*innen ^[5]
- Gesundheits- und Pflegewesen: 32% Migrant*innen, insbesondere Frauen ^[5]
- Landwirtschaft und Saisonarbeit: vor allem aus Osteuropa und Lateinamerika ^[5]

Darüber hinaus arbeitet etwa ein Fünftel der migrantischen Beschäftigten im Niedriglohnbereich, das heisst mit einem Jahresbruttoeinkommen unter 55'000 CHF. ^[6] Hinzu kommt, dass die Zahl der Sans-

Papiers in der Schweiz auf 80'000 bis 100'000 geschätzt wird. ^[7]

Diese Zahlen machen deutlich, dass migrantische Arbeit nicht nur eine tragende Säule der Schweizer Wirtschaft darstellt, sondern zugleich systematisch abgewertet und marginalisiert wird.

MIGRATION, ARBEIT UND GESELLSCHAFTLICHE DYNAMIKEN

Aus soziologischer Perspektive lässt sich festhalten, dass die Ausbeutung migrantischer Arbeit unmittelbare Auswirkungen auf die gesamte Arbeiter*innenklasse hat. Lohndruck und Verschlechterung von Arbeitsbedingungen treffen nicht nur Migrant*innen, sondern wirken sich gesamtgesellschaftlich aus. In diesem Sinne ist die Verteidigung migrantischer Arbeitsrechte nicht nur ein Anliegen von Migrant*innen selbst, sondern betrifft das Klasseninteresse aller Lohnabhängigen. Zudem ist die Situation migrantischer Frauen besonders aussagekräftig: Sie befinden sich häufig an der Schnittstelle von Geschlecht, Migration und Klassenzugehörigkeit und erleben dadurch eine «doppelte Ausbeutung». Ihre unsichtbare Arbeit im Care-Bereich verweist zugleich auf die enge Verflechtung von patriarchalen Strukturen und kapitalistischer Ausbeutung.

Darüber hinaus ist Migration auch in ökologischer Hinsicht von Bedeutung. Der Klimawandel, steigende CO₂-Emissionen

sowie die Zerstörung von Ökosystemen durch extraktive Industrien erzeugen neue Migrationsbewegungen.^[5] Insofern lassen sich ökologische Fragen und Migrationsfragen nicht getrennt voneinander betrachten.

Kriege schliesslich wirken doppelt: Sie zerstören Lebensgrundlagen in den betroffenen Regionen und treiben Millionen Menschen in die Flucht; zugleich werden diese Menschen auf den Arbeitsmärkten kapitalistischer Zentren zu prekarierten Arbeitskräften. Hier zeigt sich die strukturelle Verbindung zwischen Krieg, Migration und Arbeit.

FAZIT: GEMEINSAMER KAMPF UND SOLIDARITÄT

Die Sichtbarmachung, Verteidigung und Organisation migrantischer Arbeit ist eine zentrale Aufgabe für die gesamte Arbeiter*innenklasse. Selbstorganisation migrantischer Beschäftigter stärkt nicht nur deren Position, sondern erhöht die Kampfkraft aller Lohnabhängigen.

Ein gemeinsamer Kampf von Migrant*innen und einheimischen Arbeiter*innen ist die wirksamste Antwort auf Rassismus,

Ausbeutung und Spaltungspolitiken. Solidarität ist in diesem Sinne nicht nur moralisch begründet, sondern eine klassenpolitische Notwendigkeit.

Migrantische Arbeit ist wertvoll. Sie sichtbar zu machen, ihre Rechte zu verteidigen und durch kollektive Kämpfe zu stärken, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.



*Tuncay Yilmaz,
ehemaliger Co-Vorsitzender der Partei
der Sozialistischen Wiedergründung
SYKP*

Dieser Beitrag ist für das SYKP-Schweiz-Bulletin YENİDEN erstellt worden.

Quellen:

[1] World Bank, GDP per capita, Switzerland (2023).

[2] Bundesamt für Statistik (BFS), Ständige Wohnbevölkerung nach Nationalität (2024).

[3] Unia Gewerkschaft, Gewerkschaftliche Organisation von Migrant*innen (2023).

[4] BFS, Statistik zur ausländischen Erwerbsbevölkerung (2024).

[5] SECO (Staatssekretariat für Wirtschaft), Branchenspezifische Arbeitsmarktstatistik (2023).

[6] Caritas Schweiz, Working Poor in der Schweiz (2022).

[7] Sans-Papiers Anlaufstelle Zürich (SPAZ), Schätzungen zur Zahl der Sans-Papiers in der Schweiz (2023).

HAUS DER POLITIK: Faschismus verstehen und Gegenmacht aufbauen

Samstag, 15. November,
ab 13 Uhr im Vereinslokal von
Dem-Kurd, im Kultur- und
Gewerbehaus ELYS
Elsässerstrasse 215
4056 Basel

HAUS DER POLITIK: FASCHISMUS VERSTEHEN - GEGENMACHT AUFBAUEN

17 SAMSTAG, 15. NOVEMBER | AB 13 UHR
VEREINSLOKAL DEMKURD,
ELYS, ELSÄSSERSTRASSE 215, BASEL

Gemeinsam mit Alex Demirovic und Lotta Meier analysieren,
diskutieren und entwickeln wir konkrete politische Schritte.

BastA!

Basels starke Alternative



Was ist Faschismus – und wie unterscheidet er sich von Autoritarismus, Rechtskonservatismus und Rechtsextremismus? Welche Rolle spielen AfD, SVP und rechte Bewegungen im Dreiländereck? Und vor allem: Welche Strategien brauchen wir, um ihnen wirksam entgegenzutreten?

PROGRAMM

Ab 13.00 Uhr – Ankommen und Tee trinken

14.00 Uhr – Lotta Meier: «Faschistische Netzwerke im Dreiländereck – Strukturen, Akteure, Dynamiken»

Einblicke in gewaltbereite rechte Szenen, ihre Strategien und ihre Verankerung in der Region.

15.30 Uhr – Prof. Dr. Alex Demirović: «Was ist Faschismus heute? Über die Notwendigkeit einer aktualisierten Faschismustheorie»

17.00 Uhr Workshops

Antifaschistische Organisation vor Ort

mit Lotta Meier – Wie können wir uns lokal vernetzen, wehren und aktiv werden?

Sozialer Antifaschismus und Demokratisierung als Gegenstrategie

mit Franziska Stier – Wie organisieren wir unsere Quartiere, um Faschismus den Nährboden zu entziehen?

Weitere spontane Workshops

Raum für spontane Beiträge, Vernetzung, Skill-Sharing oder konkrete Planungen.

Ab 18.15 Uhr gemeinsames Essen und Ausklingenlassen

Anmeldung und
weitere Infos



RÖSTI WILL RHEINTUNNEL DURCHDRÜCKEN

Medien und Politik diskutieren heiss über den von Albert Rösti in Auftrag gegebene und von Professor Weidmann und seinem Mitautor Michael Nold verfasste «Weidmann-Bericht». Mit diesem Bericht ist nun offiziell, dass der abgelehnte Autobahn Rheintunnel erneut zur Abstimmung kommt.

In der ganzen Aufregung geht unter, dass das alles gar nicht neu ist und auch nicht wegen dem «Weidmann-Bericht» diskutiert wird. Schon im Juli berichtete der Tagesanzeiger, dass Rösti die von der Bevölkerung abgelehnten Autobahnprojekte neu lancieren will und dabei insbesondere die Tunnel durchdrücken will.

WEIDMANN-BERICHT ALS ABLENKUNGSMANÖVER

Das UVEK gab folgenden finanziellen Rahmen vor: für Nationalstrassenprojekte 9 Milliarden Franken, für Agglomerationsprojekte 7.5 Mia. CHF und für Bahnprojekte in einer Basis-variante 14 Mia. CHF und in einer erweiterten 24 Mia. CHF.

Der Auftrag war also nicht zu schauen, welche Verkehrsprojekte die wichtigsten sind, sondern es war von Anfang an vorgegeben, dass 9 Milliarden in den Autobahnausbau verlockt werden sollen. Und auch die maximalen Beiträge für Investitionen in den ÖV waren von Rösti vorgegeben. Es war also von Anfang an ausgeschlossen, einige der vielen Milliarden vom Autobahnausbau zum ÖV zu verschieben, auch wenn das wissenschaftlich Sinn gemacht hätte.

Die einzelnen Projekte wurden aber nicht wirklich neu bewertet. Das ist auch unmöglich, wenn zwei Personen in 9 Monaten 500 Projekte «überprüfen» sollen. Das heisst, die Mängel der ursprünglichen Projektierung wurden auch nicht behoben. Das betrifft beim Rheintunnel insbesondere den induzierten Verkehr – also das durch das Projekt verursachte Verkehrswachstum – und die Klimabilanz, bei der die grauen Emissionen ignoriert wurden. Diese beiden Punkte sind aber genau jene, die zur deutlichen Ablehnung geführt haben: Mehr Verkehr und zunehmende CO2-Emissionen.

Der Weidmann-Bericht hat also genau das ergeben, was Rösti wollte. Eine



Rheintunnel Nein Fahne, Bildquelle: vcs

wissenschaftliche Perspektive auf das Schweizer Verkehrssystem fehlt hingegen noch immer. Und die groben fachlichen Mängel an den Autobahnprojekten bleiben bestehen.

WIE WAR DAS MIT DER DEMOKRATIE?

52.7% der Bevölkerung haben vor nicht einmal einem Jahr Nein zum Autobahnausbau gestimmt. Das ist Rösti aber egal. Er wird nicht müde zu behaupten, dass Kantone in denen Autobahnausbauten vorgesehen waren, hätten Ja gestimmt. Das Argument ist bei einer schweizweiten Abstimmung zwar nicht relevant, sonst würde es in Basel auch weiterhin eine Eigenmietwertbesteuerung geben, Frauen könnten mit 64 Jahren in Rente und das CO2-Gesetz inkl. Flugticketabgabe wäre in Kraft.

Wenn man schon die Direktbetroffenen entscheiden lassen möchte – was ich auch gut fände – dann muss man die Gemeinden anschauen. Und dann wäre das Nein noch viel deutlicher. Basel (59.5% Nein), Birsfelden (64% Nein), Bern (75% Nein), Zollikofen (58% Nein), Urtenen-Schönbühl (59 % Nein), Genf (64% Nein), Nyon (60% Nein), Pregny-Chambésy (54% Nein), Versoix (57% Nein), Schaffhausen (56% Nein), St. Gallen (55% Nein) und so weiter. Es gibt ein paar betroffene Gemeinden, die Ja gesagt haben wie Coppet oder Kirchberg, sie sind aber klar in der Minderheit.

Aber zurück zur Behauptung mit den

Kantonen: Genf, Waadt, Bern und Basel-Stadt haben den Ausbau abgelehnt, Baselland, St. Gallen und Schaffhausen Ja gesagt. Würde man hier ein Mini-Ständemehr machen, wäre es ein 3.5 zu 2.5 Nein. Röstis falsche Behauptung ist auch deshalb interessant, weil man ja extra schweizweite statt lokale Abstimmungen über Autobahnprojekte eingeführt hat, damit man die lokal Betroffenen überstimmen kann. Offenbar ist Demokratie für Rösti längst ein Spiel geworden, bei dem man nach Lust und Laune die Spielregel ändern kann.

HÄNGT EURE FAHNEN RAUS

Für uns bedeutet das, dass wir wohl in den nächsten ein bis zwei Jahren ein zweites Mal über den Rheintunnel abstimmen müssen. Hängt also jetzt schon eure Rheintunnel-Nein-Fahnen wieder raus! Wenn ihr keine (mehr) habt, meldet euch beim Sekretariat und wir besorgen euch welche.



Tonja Zürcher,
Vizepräsidentin BastA!